

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1879

24 (25.2.1879)

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M. 50 A.,
durch die Post bezogen
1 M. 80 A.

Der Landbote.

Einrückungsgebühr
die kleingesaltene Zeile
oder deren Raum 10 A.,
Reklamen werden mit
30 A. die Zeile
berechnet.

Briefe und Gelder frei.

Amtsverkündigungsblatt und Anzeiger für den Amtsbezirk Sinsheim.

N^o 24.

Dienstag den 25. Februar 1879.

40. Jahrgang.

Politische Umschau.

Sinsheim, 24. Februar.

Der württembergische Landtag wurde vorgestern Nachmittag durch königl. Reskript vertagt.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betreffs Maßregeln zur Sicherung gegen das Eindringen der Pest auf dem Wege des Seeverkehrs; dieselbe bestimmt: aus russischen Häfen kommende Schiffe und die darauf befindlichen Personen und Waaren sind nicht eher zu freiem Verkehr zuzulassen, als bis durch strenge Sanitäts-Inspection der Gesundheitszustand an Bord festgestellt ist. Wenn kein Pestkranker oder Pestverdächtiger vorhanden ist oder während der Fahrt vorhanden war, ist das Schiff zu freiem Verkehr zuzulassen. Sind während der Fahrt Pestfälle oder pestverdächtige Todesfälle vorgekommen, so sind die Schiffe, Kleidungsstücke und Effecten strengstens zu desinficiren, Pestkranke sofort in ein Lazareth oder isolirtes Local zu bringen, Pestverdächtige von Pestkranken streng zu trennen und 7 Tage im Lazareth zu beobachten und dann im Falle der Nichtbestätigung des Verdachtes zu entlassen. Pestkranke verweilen daselbst bis zur Genesung. Die übrigen Bestimmungen betreffen die Behandlung der auf Schiffen vor gefundenen Leichname und Waaren.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird aus Oberschlesien gemeldet, daß eine imposante Kundgebung zu Gunsten der nationalen Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers dort verbreitet wird. Am 5. März soll in Oppeln zu diesem Zwecke eine große ober-schlesische Landesversammlung stattfinden.

Die Schlußrede, mit der der preussische Landtag geschlossen wurde, recapitulirt die erzielten legislativen Ergebnisse der Session. Bei den Beratungen des Etats sei nicht blos ein Einverständnis über die Deckung des Bedarfs erzielt, sondern auch vermöge des Einvernehmens über die leitenden Gesichtspunkte der preussischen Finanzpolitik bei deren Zusammenhange mit dem Finanzwesen des Reichs einer Verständigung auf dem Gebiete der Reichspolitik vorgearbeitet, worin ein günstiges Vorzeichen für die wirtschaftliche Reform zu erblicken sei.

Zur Verhütung des Zusammenstoßes auf See ist ein internationales Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien und Portugal vereinbart und von dem Reichskanzler den deutschen Einzelstaaten zur Aeußerung und Erklärung mitgetheilt worden. Die weiteren Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß noch im Laufe dieses Jahres die Neuordnung in Wirksamkeit treten kann. Dieselbe ist tiefgreifend und geeignet, ein Ausweichen auf der See ohne große Mühe und Anstrengung herbeizuführen.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht die zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn unter dem 20. Januar 1879 geschlossene provisorische Handelskonvention, in welcher sich die beiden Länder gegenseitig für Einfuhr, Ausfuhr und Transit bis zum Abschlusse eines neuen Vertrags die Behandlung der meistbegünstigten Nation zusichern.

Anläßlich des Jahrestages seiner Erwählung empfing der Papst die Kardinäle, Prälaten und andere hervorragende Personen; von dem heiligen Kollegium nahm der Papst eine Glückwunschadresse entgegen.

In Beantwortung der Glückwunschadresse des Cardinalcollegiums äußerte sich der Papst folgendermaßen: Zum Pontifikat gelangt, sei es seine erste Sorge gewesen, der Welt die wohl-

thätige Natur der Kirche zu zeigen und Fürsten wie Völker neuerdings zu Freunden der Kirche zu machen. Er danke Gott, daß seine Worte von der gläubigen Welt andachtsvoll aufgenommen wurden und bei den Einen die Anhänglichkeit an die Kirche wiederzuwecken, bei den Andern die Segnerschaft gegen die Kirche zu vermindern vermochten. Er wisse, wie schwierig der zurückzulegende Weg noch sei. Der illoyale fast in der ganzen Welt fortgesetzte Krieg lasse noch düstere, schreckliche Zeiten voraussehen. Er werde jedoch fortfahren, seine Pflicht zu thun und im Vertrauen auf Gott die Rechte der Kirche beharrlich zu verteidigen. — Der französische Botschafter überreichte heute dem Papst ein Schreiben Grevy's, welcher dessen Wahl zum Präsidenten der Republik notificirt.

Don Carlos arbeitet, wie die „Union“ mittheilt, an einer Geschichte des letzten von ihm in Spanien angezettelten Bürgerkriegs.

Aus Adrianopel den 10. Febr. schreibt man der Pol. Korr.: In Folge des Friedensschlusses herrscht begreiflicher Weise fast in allen Kreisen der russischen Armee die lauteste Freude. Alles sehnt sich nach der Rückkehr in die Heimath, und so gespannt die Lage noch vor einigen Tagen war, so sehr wünscht man jetzt in russischen Kreisen, daß alles Weitere glatt ablaufe, um nicht durch neue Zwischenfälle um die Hoffnung betrogen zu werden, dießmal endlich wirklich das geliebte Rußland wieder zu sehen.

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 21. Febr. Se. königl. Hoheit der Großherzog schloß heute Mittag 12 Uhr die Ständeverammlung mit folgender Tronrede: Edle Herren und liebe Freunde! Am Schlusse der umfassenden und mühevollen Arbeiten dieses Landtages ist es mir eine werthe Pflicht, Ihnen Meine volle Anerkennung und Meinen warmen Dank auszusprechen für die unverdrossene Ausdauer, welche Sie diesen Aufgaben zugewendet, wie für die vaterländische Gesinnung, in welcher Sie dieselbe mit Meiner Regierung zum befriedigenden Ziele geführt haben. Schon im ersten Abschnitt Ihrer Tagung haben Sie mit gewohnter Gewissenhaftigkeit den Staatshaushalt Ihrer Prüfung unterzogen und Meiner Regierung die Mittel gewährt, um nicht nur den Forderungen des laufenden Dienstes gerecht zu werden, sondern auch mannigfachen sonstigen Bedürfnissen, namentlich auf dem Gebiete des Unterrichts und des Verkehrslebens nach Thunlichkeit Genüge zu leisten.

Seit Ihrem Wiederzusammentritt haben vornehmlich die gesetzgeberischen Vorlagen, und unter diesen in erster Reihe die auf die Einführung der Reichsjustizgesetze gerichteten Entwürfe Ihre Thätigkeit in Anspruch genommen. Mit dem angespanntesten Fleiße und der eingehendsten Sorgfalt haben Ihre Commissionen diese Gesetzentwürfe der Berathung unterzogen und die Beschlüsse vorbereitet, durch welche nun in beiden Kammern die — nach allseitiger Ueberzeugung — gediegene Feststellung des umfangreichen und bedeutsamen Werkes erfolgt ist. — Sie haben ferner die Mittel bewilligt, welche nach der pflichthaften Erwägung Meiner Regierung erforderlich wurden, um bei Einführung der deutschen Gerichtsorganisation in Meinem Lande einerseits dem Sinn und Geist des Reichsrechts nachzukommen, andererseits den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes und seiner Rechtspflege zu entsprechen. So vorbereitet sieht das Land mit Mir der weiteren Erfüllung eines großen nationalen Gedankens: der Herstellung der Rechtseinheit des Reichs auch im gerichtlichen Verfahren vertrauensvoll entgegen. Die mit Ihnen vereinbarten Ge-

setze über Ablösung der Schulhausbaukosten und über die Rechtsverhältnisse der Lehrerinnen an den Mittelschulen werden sich der Förderung des öffentlichen Unterrichts wohlthätig erweisen. Die schwierige und weitgreifende Aufgabe der zweckmäßigsten Deckung des Gemeindeaufwands hat durch Ihre entgegenkommende Arbeit eine Lösung gefunden, welche, so hoffe Ich, durch billige Berücksichtigung der verschiedenen Interessen befriedigen wird.

Es bleibt zu wünschen, daß die kirchlichen Ortssteuern, deren gesetzliche Ordnung auf diesem Landtage nicht mehr zur Berathung kommen konnte, gleichfalls demnächst in entsprechender Weise geregelt werden. Einem wichtigen Bestandtheil des Volksvermögens ist durch das gegen Verbreitung von Thierseuchen gerichtete Gesetz wirksamer Schutz gewährleistet. Dem Handel und der Industrie ist für die selbstthätige Pflege ihrer Interessen durch das Gesetz über die Handelskammern die erwünschte neue Grundlage bereitet worden. Edle Herren und liebe Freunde! Mit vollem Vertrauen auf Ihre Einsicht und Erfahrung wie auf Ihre erste Hingebung an die Arbeit für das uns Allen theure Heimathland habe Ich Sie bei Ihrem Zusammentritt begrüßt. Sie haben diese Erwartung gerechtfertigt und dürfen mit dem frohen Bewußtsein treuer Pflichterfüllung diese Stätte verlassen.

Empfangen Sie zum Abschied Meinen freundlichen Gruß und halten Sie Sich Meines lebhaften Wunsches versichert, daß dem allseitigen einträchtigen Zusammenwirken und der von Neuem bethätigten nationalen Gesinnung auch die weiteren Erfolge zum Wohle des Landes und zum Gedeihen des Reichs nicht fehlen möchten. — Dazu wolle Gott seinen Segen geben!

Karlsruhe, 20. Febr. Noch sind seit der bezüglichen Debatte nicht 14 Tagen vergangen, und schon wird die Veränderung der Vollzugsverordnung zum Erwerbsteuergesetz verkündet. Die großen Gewerbetreibenden werden mit der Raschheit und der Loyalität dieser Anordnung wohl zufrieden sein. Es wird nun namentlich auch den allgemeinen Folgen der Geschäftslage eine Einwirkung auf die Veranlagung gestattet, welche unter Umständen sehr wichtig für die Ertragsberechnung wird. Die Beschwerden der großen Creditinstitute freilich, die sich mehr auf die so drückenden Gemeindeforderungen gründen, können dadurch allein nicht beseitigt werden. Indessen wirkt das Staatssteuereinkommen, soweit es eine geringere Summe aufweist, in so weit auch unmittelbar auf das Gemeindesteuerkapital. — Wichtig ist auch die Bestimmung in § 26 nach dessen neuer Fassung; der Fassung des Pflichten ist dadurch eine größere Bedeutung eingeräumt als bisher, der Schatzungsrath ist gleichsam angewiesen, sich an dieselbe zu halten, wenn er nicht bestimmte Gründe hat, an der der Richtigkeit zu zweifeln. Auch die Bedeutung des Tarifs ist herabgemindert. (M. Z.)

Karlsruhe, 22. Febr. Se. Excellenz der Präsident des Großh. Finanzministeriums, Hr. Geh. Rath Ellstätter, ist heute Behufs der Theilnahme an den Bundesraths-Sitzungen nach Berlin abgereist.

Aus Bayern, 22. Febr. Wie die „Bavaria“ aus zuverlässiger Quelle vernimmt, ist außer dem Professor Hergenrötha in Würzburg auch der Bischofsverweser in Mainz, Domkapitular Dr. Mousang, zum Cardinal ausersehen. Die Ernennung dieser und sieben weiterer Kardinäle wird am Feste der hl. Apostel Petrus und Paulus stattfinden.

Berlin, 20. Febr. (Reichstag) Erste und zweite Berathung des österreichisch-deutschen Handelsvertrags. Minister v. Bülow leitet die

Debatte ein mit einem Ueberblick über die Verhandlungen:

Die österreichischen Vorschläge wären anfänglich weiter gegangen als im diesseitigen Interesse gelegen war; daher sei viel Zeit bis zur Erzielung einer Verständigung vergangen. Die Reichsregierung sei sich bei Abschluß des Vertrages ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt gewesen, der Abschluß unter Vorbehalt der Zustimmung des Reichstags erfolgt. Die österreichische Regierung habe dies mit großer Zuversicht acceptirt. Der Vertrag sei nunmehr sofort vorgelegt und sei zu wünschen, daß derselbe bald zu Stande komme. Die Regierung habe die Interessen des Reiches, seines Handels und Verkehrs auch in dem Vertrage möglichst gewahrt (Beifall.) Delbrück gibt zu, daß bezüglich der Handelsverhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich zuletzt eine Nothlage entstanden sei, welcher durch den jetzigen Vertrag abgeholfen würde. Redner beleuchtete die früheren Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich, deren hauptsächlichster Werth seit einem Vierteljahrhundert in dem Schutz der beiderseitigen Industrien bestand. Der Hauptwerth des Vertrags bestehe darin, daß er die Möglichkeit gewähre, zu einem neuen Vertrage auf Grundlage der früheren Verträge zu gelangen. Jedenfalls sei durch den Vertrag die Gefahr einer Entfremdung gegen Oesterreich vermieden, mit welchem man so lange in intimen handelspolitischen Verhältnissen gestanden. Bezüglich des Meistbegünstigungsverhältnisses, des Veredelungsverkehrs, der Behandlung der Weinwaaren an der schlesischen Grenze und des Zolltariffs enthalte der Vertrag das möglichst Erreichbare. Hinsichtlich des Veredelungsverkehrs wäre es freilich besser gewesen, wenn die österreichische Regierung nicht allzuhohe Maßregeln gegen etwaige Mißbräuche verlangt hätte. Delbrück beleuchtet diese Maßregeln im einzelnen und sucht nachzuweisen, daß dieselben als bloße Verkehrserschwerungen zu betrachten seien. Diese in österreichischen officiösen Kreisen gegen den Veredelungsverkehr herrschende Stimmung sei sehr bedauerlich. Betreffs des Verkehrs der Eisenbahnwagen erkenne er im Einklange mit der Druckschrift an, daß das öffentliche Interesse hier das überwiegende sei. Nur bezüglich der Dauer des Vertrages habe er sehr ernste Bedenken. Der Vertrag sei für zu kurze Zeit abgeschlossen und hätte wenigstens bis 1. April oder 1. Juli 1880 angedehnt werden müssen, sonst komme man wieder in die Nothwendigkeit, den definitiven Handelsvertrag erst nachträglich durch den Reichstag genehmigen zu lassen, wenn man nicht etwa im Laufe des Dezembers den Reichstag zu einer außerordentlichen Session berufen wolle. Delbrück beantragt schließlich die Durchberatung des Vertrags im Plenum. Graf Udo Stolberg kritisiert einzelne Punkte des Vertrags, sowie einzelne Ausführungen Delbrücks und wünscht, daß die zollfreie Einfuhr von Rohleinen ganz aufhöre. Richter (Hagen) bedauert, daß kein Tarifvertrag zu Stande gekommen sei und mißt die Hauptschuld daran der veränderten deutschen Zollpolitik bei, welche Redner angreift. Gammacher rechtfertigt den Vertrag und wünscht dessen Annahme. — Fortsetzung der Berathung morgen.

Berlin, 21. Febr. (Reichstag.) Fortsetzung der ersten Berathung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages:

Fürst Bismarck nimmt das Wort: Die kurze Dauer des Vertrages habe sich nicht vermeiden lassen, man sei durch die Bedürfnisse des Vertrages dazu gedrängt worden. Es sei nunmehr Zeit genug vorhanden, um sich die Frage der Verlängerung des Vertrages zu überlegen. Er sei nicht gegen Handelsverträge überhaupt, aber es komme auf den Inhalt an. Jedenfalls müsse jeder Handelsvertrag den Schutz der einheimischen Industrie im Auge behalten. Der Fürst wendet sich gegen Richters gestrige Rede und erklärt: Ich trete für das, was in der Thronrede gesagt ist, mit voller Verantwortlichkeit ein, ich brauche es nicht zu bereuen oder zu leugnen, wenn meine früheren handelspolitischen Ansichten sich geändert haben. Der Handelsvertrag mit Frankreich ist vor meinem Amtsantritt geschlossen. Ich gebe zu bedenken, daß zu jener Zeit Frankreich die einzige Macht war, mit welcher wir wirklich in freundschaftlichen Beziehungen standen. Auch dies war für meine damalige Haltung entscheidend. Es ist mir gelungen, unsere guten Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages. Hierdurch rechtfertigt sich meine Rede im Herrenhause, wobei ich gern einräume, daß ich wirtschaftliche Tendenzen damals noch nicht hatte. Für die weitere Zeit seit Besetzen des norddeutschen Bundes und Reiches übernehme ich die fernere Verantwortlichkeit. Ich hätte ja die Handelspolitik des Präsidenten Delbrück durchkreuzen können, habe es aber nicht gethan, weil ich seiner Autorität unbedingt vertraute. Ich meine, ich habe mich derselben oft, wenn auch nicht in allen Fällen, gefügt, sah mich aber schließlich auf mich selbst angewiesen.

Wie nun auch vielleicht meine und des Abgeordneten Delbrück Ansichten in Tariffragen abweichen mögen, ich werde mich immer mit Achtung und Verehrung der Verdienste erinnern, welche sich Delbrück erworben hat. Ich möchte heute noch wie früher mich auf wenige Finanzjölle beschränken, allein man machte es mir unmöglich. Welche Erfahrungen habe ich nur bei dem Tabak gemacht? (Ruf: Monopol!) Ja wohl, Monopol, das habe ich auch hier im Auge. (Hört!)

Ich sehe mich aber dauernd angegriffen, selbst in Zeitungen, deren objektiver Haltung ich Werth belege, wie in der königlichen und Nationalzeitung. Angriffe, die der Sache gelten sollten, richten sich gegen meine Person. Man nennt mich einen Dilettanten, wenn auch einen „genialen“. Ich habe mit Delbrück seit vollen 25 Jahren zusammengearbeitet an wirtschaftlichen Fragen. Als ich Gesandter in Frankfurt wurde, habe ich dieselben Anrufe der Verwunderung gehört wie damals, da man mir das erste Amt in Deutschland anvertraute. Seit 17 Jahren bin ich Minister, habe wie kein anderer der Öffentlichkeit und Kritik Stand gehalten, und denke, ich habe demnach ein Recht, über wirtschaftliche Fragen zu urtheilen. Ob mir als Minister oder dem Abgeordneten Richter Recht gegeben wird, kann ich dem Urtheile meiner Mitbürger überlassen. Von der Nachwelt will ich nicht sprechen. (Beifall rechts.)

Witte (Rostock) wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Reichskanzlers. Für das abschließende Urtheil über

die seitherige Wirtschaftspolitik in der Thronrede sei der Beweis nicht erbracht. Der Umschwung in der Politik des Reichskanzlers sei lebhaft zu beklagen. Redner kritisiert die projektirte Zoll- und Steuer-Reform und das Vorgehen des Reichskanzlers.

Fürst Bismarck erwidert: er behalte sich vor, dem Redner auf das weite Gebiet der Steuer- und Zoll-Fragen bei passender concreter Gelegenheit zu folgen. Der Vorwurf einer springenden Politik sei unbegründet; es handle sich um die Rückkehr zu der Politik von 1823 bis 1865. Der Kampf der widerstreitenden Interessen sei unvermeidlich; er dürfe nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Witte tritt für die Schutzpolitik ein. Bamberger tadelt den Mangel an Initiative seitens der deutschen Regierung bei Abschluß des Handelsvertrages und spricht gegen die plötzliche Wendung der Wirtschaftspolitik. Die Nationalliberalen verdienen keine Vorwürfe. Wenn Bismarck über die nationalliberale Presse klagt, so klagt er (Bamberger) über die Angriffe der schutzzöllnerischen Organe gegen die Freihändler.

Redner bedauert, daß man noch nicht die Protokolle der Eisenquere-Commission veröffentlichte; die jetzige Ungewissenheit mache das Haus so mißtrauisch. Die Schutzolltheorie habe ihren Ursprung in Frankreich. Preußen sollte doch an den Wirkungen der napoleonischen Continental-Sperre gelernt haben, wozu der Schutzoll führe.

Minister Hofmann weist den Vorwurf, mit dem österreichischen Handelsvertrag nicht ernsthaft genug vorgegangen zu sein, zurück. Die Regierung sei auf Schwierigkeiten seitens Oesterreichs vorbereitet gewesen. Ein Conventionaltarif sei nicht zu erreichen gewesen. Die Regierung habe nichts versäumt, um günstige Bedingungen zu erzielen. — Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Berlin, 22. Febr. (Reichstag.) Eingegangen ist ein Schreiben des Fürsten Bismarck mit dem die Aufhebung des Artikels V. des Prager Friedens betreffenden Vertrage. Das Haus setzte die Berathung des österreichischen Handelsvertrages fort. Delbrück trat den Ausführungen Loewe's und Hammacher's in der gestrigen bezüglich vorgelegten Sitzung entgegen, bestritt, daß die wirtschaftliche Nothlage durch handelspolitische Maßnahmen zu beseitigen sei und bekämpfte die Ansicht, daß man durch Zoll-erhöhung zu günstigeren Verhältnissen mit Oesterreich gelangen könne. Derselbe bekämpfte ferner das System der Kampfsölle und die Einführung einer allgemeinen Eingangsabgabe. — v. Kardorff polemisierte gegen die Ausführungen Richters und Bambergers und betonte die Nothwendigkeit von Schutzölle für die nothleidende Industrie, bestritt, daß der Aufschwung der Industrie seit 1865 der bisherigen Handelspolitik zu danken gewesen und trat für Getreidezölle ein. — Delbrück erklärte, er würde sich keinen Augenblick besinnen, von seinen Ansichten zurückzutreten, wenn er zu der Ueberzeugung gelangte, daß dieselben den Interessen des Landes zuwider seien. Er würde schweren Herzens, aber, wenn erforderlich, dennoch sich von den Wegen des Reichskanzlers trennen. Delbrück gab hierauf einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Zollvereinspolitik, betonte die Nothwendigkeit einer exportfähigen Industrie und erörterte die Bedeutung des französischen Handelsvertrages. Ein politischer Gesichtspunkt sei dabei nicht maßgebend gewesen. Man habe dieselbe Importvergünstigung wie England gewollt und erkannte die Nothwendigkeit einer Revision des Zolltarifs. Mit dem Vertrage sei die Aufgabe, mit möglichst niedrigen Sätzen möglichst hohe Einnahmen zu erzielen, erreicht worden. Delbrück wies ziffernmäßig die Zunahme des Exports seit 1865 nach. Die wirtschaftliche Nothlage existire gleichmäßig in protectionistischen wie in freihändlerischen Ländern. Die Handelsgefeßgebung bei uns sei daher nicht dafür verantwortlich.

Berlin, 22. Febr. Ein von den Verzten von Langenbeck und Preuke gezeichnetes Bulletin meldet: Die günstige Wendung im Befinden des Feldmarschall Grafen Roos ist nicht von Bestand geblieben, da entzündliche Erscheinungen in den Lungen hinzugegetreten sind.

Berlin, 22. Febr. Ein hiesiges Comité ladet die Tabak-Interessenten Deutschlands zu dem am 3. und 4. März in Berlin abzuhaltenden Congresse ein. Die Vorversammlung findet am 2. März in den Reichshallen statt.

Leipzig, 19. Febr. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) In dem Statut einer eingetragenen Genossenschaft war bestimmt, daß zum Austritte eines Mitgliedes die dreimonatliche Kündigung vor Ablauf des Geschäftsjahres erforderlich ist, und als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr. Nun war die Kündigung erst Mitte Oktober 1874 erfolgt und doch entließ der Vorstand den Betreffenden auf 1. Januar 1875. Wegen mangelnder Einhaltung der Kündigungsfrist wurde die Entlassung Dritten gegenüber für ungültig erklärt, so daß die Solidarhaft des Betreffenden fort dauert.

Wenn das Gericht Sachverständige in einem bürgerlichen Rechtsstreite einvernommen hat, so können nach der badischen Prozeßordnung die von der Partei vorgelegten schriftlichen, außergerichtlichen Gutachten nicht in Betracht kommen. Das Gutachten über das Sinken des Preises einer Waare bedarf keiner Motivierung, indem solche doch nur in der Berufung auf die Geschäftserfahrung der einvernommenen Kaufleute bestehen könnte, was als selbstverständlich nicht besonders gesagt zu werden braucht.

Ausland.

Leipzig, 21. Febr. Das Gutachten des Professors Suez über das Thermenungsglück lautet günstig. Um in der kommenden Saison benutzbares Wasser zu haben, schlägt derselbe das Vertiefen der Quellenmündung durch Schachtabteufung vor, dann seien die Quellen durch Vertiefung bis zu 60 Meter gegen Wechselfälle in den Kohlenwerken zu sichern und außerdem an einer noch zu ermittelnden Stelle eine zweite selbstständige Abteufung vorzunehmen. Das Gutachten rath aus medicinischen Rücksichten wegen Gefährdung der Schönerauer Quellengruppe von einer Tiefbohrung ab und hofft zuversichtlich auf ferneres glückliches Gedeihen von Leipzig. Heute ist der Direktor der geologischen Reichsanstalt Hauer mit Ingenieur Sigmondi eingetroffen, morgen wird der Sprengtechniker Mahler erwartet. Der feierliche Beginn der Abteufung erfolgt morgen Vormittag 10 Uhr nach vorhergegangenem Gottesdienste.

Wiesbaden, 21. Febr. Die Salinendirection erklärt amtlich, daß dem Bergwerk keine Gefahr drohe, indem die Dampfpumpen leicht die Wasserzuflutung bewältigen.

Bern, 21. Febr. Heute Morgen, vom Sturm überrascht, entgleiste ein Zug bei Saint Saphorin bei Yviss. 4 Wagen sind entgleist, ein Personenzug und Ambulant in den See gestürzt und von den Wellen ergriffen. In Bern riß im Weißenbühl der Sturm einen Neubau zusammen.

Genf, 21. Febr. Vergangene Nacht suchte ein heftiger Sturm die Westschweiz heim und richtete hier und in der Umgegend großen Schaden an. Auf der See sind mehrere Boote zu Grunde gegangen. Bei St. Saphorin, Canton Waadt, gerieth ein Eisenbahnzug aus dem Geleise mehrere Waggons wurden in die See geschleudert, aber kein Menschenleben ist zu beklagen.

Rom, 22. Febr. Der Papst empfing heute gegen 1000 katholische Journalisten verschiedener Nationalität, welche 1302 kirchliche Journale und Revuen vertreten, an deren Herausgabe mehr als 15,000 Schriftsteller theilhaftig sind. Monsignore Tripepi verlas die Glückwunsch- und Ergebniss-Adresse, welche die Bemühungen der Journalistik zur Vertheidigung der Rechte der Kirche konstatierte. Der Papst hob in seiner Erwiderung die Nothwendigkeit hervor, daß die katholische Tagespresse jener Presse entgegentrete, welche die Gesellschaft vergiftet und empfahl Einigkeit in den christlichen Prinzipien und Mäßigung der Sprache; er tadelt diejenigen, welche die die ersten Lebensinteressen der Kirche berührenden Fragen nach ihrer Willkür lösen wollen; er machte die Rechte der Kirche auf weltliche Herrschaft geltend und munterte die Journalisten auf, die Nothwendigkeit der Zurückforderung dieser Herrschaft nachzuweisen, welche niemals ein Hinderniß für die Wohlfahrt der Völker, das Gedeihen Italiens und den Glanz Roms war. Schließlich forderte der Papst die Journalisten auf, für die Grundzüge zu kämpfen, welche als Basis der gesellschaftlichen Ordnung und der Civilisation dienen. Die Vertreter der Presse überreichten hierauf dem Papste den Peterspfennig und gaben Adressen und Albums. In der Deputation befanden sich auch mehrere Bischöfe.

Belgrad, 22. Febr. Berichte aus Tirnowa behaupten, die Mehrheit der bulgarischen Deputirten sei entschlossen, den Verwandten des Fürsten von Montenegro, Petrowitsch, zum Fürsten von Bulgarien zu wählen, da Rußland diese Candidatur warm empfohlen habe;

Petrowitsch habe dieselbe auf den Rath des Fürsten von Montenegro angenommen.

Charkoff, 22. Febr. Gestern Abend 11 Uhr feuerte ein Unbekannter auf den von einem Ball heimkehrenden Gouverneur von Charkoff, Fürsten Kaproffin, einen Revolvererschuss ab. Der Fürst ist sehr schwer verwundet. Auf den Mörder wird gefahndet.

Petersburg, 22. Febr. General Tottleben telegraphirt unterm gestrigen: Die russischen Truppen haben am 18. d. begonnen, die vor Adrianopel besetzt gehaltenen Punkte zu räumen. Bija, Luleburgas und Kirabol, welche zuerst geräumt waren, sind alsbald von türkischen Truppen besetzt worden. Die sehr schlechten Wege und das Austreten der Flüsse erschweren die Bewegung des Trains.

Petersburg, 22. Febr. General Graf Poris-Melissoff meldet aus Zarizyn von gestern: Laut Bericht aus Astrachan sind im bukajew'schen Distrikte und den übrigen inficirten Ortschaften weder neue Erkrankungen vorgekommen, noch früher Erkrankte an der Epidemie verstorben. Auf Beschluß des beratenden Sanitätscomité's ist gestern die Quarantäne-Absperrung des Dorfes Prischibinsk aufgehoben und dies von der Bevölkerung mit lebhafter Freude begrüßt worden. Es ist ferner verordnet worden, die für Nikolajefed und Starigtoje angeordnete Quarantäne ebenfalls aufzuheben. Die Aufhebung soll allmählig auf die übrigen Punkte ausgedehnt werden, wo die gesetzliche Quarantänefrist abläuft. Die allgemeine Absperrungslinie bleibt indessen noch in Kraft. Außerdem bleiben Prischibinsk, Nikolajefed und Starigtoje, sowie einzelne Häuser, wo früher Erkrankungsfälle vorgekommen, abgesperrt, bis zur Ankunft der aus Zarizyn und Astrachan entsendeten Commissionen zur Abschätzung des zu verbrennenden Eigenthums, zur Desinfection der Gräber und aller inficirten Punkte.

Newcastle, 20. Febr. Heute ist unter den Werftarbeitern am Tyne ein allgemeiner Streik ausgebrochen; mehrere Tausend Arbeiter verweigern die Arbeit.

Verschiedenes.

□ **Sinsheim**, 24. Febr. Der für die allgemeine Sicherheit äußerst gefährliche Valentin Haslinger von Waldmühlbach, Gr. Hessen, welcher schon längere Zeit unter verschiedenen Namen vagabundierend sich herumtrieb, in Zuzenhausen seinen, soweit bekannt, letzten Effectendiebstahl beging, darauf hin verfolgt und alsbald dahier in Untersuchungshaft gezogen worden war, benutzte am 11. d. M. ein für ihn günstiges Moment und entfloß aus dem Amtsgefängniß. Ungeachtet seiner Routine im Gaunerleben gelang es demselben nur wenige Tage seiner Liebhaberei nachzukommen, indem er schon am 3. Tage in Welschneureuth, beiläufig bemerkt, von einem von hier gebürtigen und in Mühlburg stationirten Gendarmen verhaftet und am 22. d. M., nachdem er in Karlsruhe eine Strafe verbüßt, an seinen früheren Bestimmungsort hierher verbracht wurde.

* **Nedarbischheim**, 20. Febr. Eine neue Form der Vereinsthätigkeit wurde im vergangenen Jahr eingeführt durch die Einrichtung gemeinsamer Arbeitsstunden, welche während des Winters wöchentlich an einem bestimmten Nachmittage in den Privatwohnungen einiger Mitglieder abgehalten wurden. Die versetzten Arbeiter sind für Arme, Kranke, Wöchnerinnen und die Christbescheerung der Kleinkinder-Schule bestimmt. Ferner sei erwähnt, daß zu Anfang dieses Jahres auf Antrag des Sekretärs des Frauenvereins hier eine Schul-Sparkasse entstand, welche die günstigste Aufnahme fand. Der Gemeinderath, dessen Leitung die Schul-Sparkasse untersteht, übernahm bereitwillig die finanzielle Garantie und die Kosten der Einrichtung. Dem Statutenentwurf wurden die Karlsruher Statuten zu Grunde gelegt nur mit einigen Aenderungen, welche den Anschluß der Kasse an den hiesigen Vorschubverein nötig machte, bei dem die Gelder angelegt werden und dessen Rechner zugleich als derjenige der Schul-Sparkasse fungirt.

— **Wiesloch**, 19. Febr. Wie die „W. Z.“ hört, beabsichtigt der Gewerbeverein Wiesloch auf Ostermontag im Aula-Saale eine Ausstellung von Erzeugnissen hiesiger Gewerbschreiner zu veranstalten.

— **Konstanz**, 21. Febr. In vergangener Nacht wüthete ein furchtbarer Sturm. Auf dem Bahnhof kam eine ganze Wagenreihe in Bewegung und wurde erst auf einem Sackgasse zum Stehen gebracht. Auf einer Anlande-Stelle des Radolfzeller Sees wurde ein mit Brettern geladenes Segelschiff theilweise unter Wasser gesetzt, indem die Pfähle, an welchen es fest gebunden war, brachen und so das Schiff den tobenden Wellen preisgegeben wurde.

— **Kaiserslautern**, 18. Febr. Nach der „Gegenwart“ sollen sich die Mädchen, welche sich in Speyer in den Rhein gestürzt haben, bei ihren Eltern befinden. Es wäre sonderbar, wenn letztere in diesem Falle die Sache nicht aufklärten.

— **Wangen i. A.**, 16. Febr. Heute früh fand nach dem „Sch. B.“ ein Bauer in Engetzweiler beim Füttern seines Viehes ein neugeborenes Kind in der Krippe liegen. Dabei lagen 22 Mk. und ein Papier, in welchem geschrieben stand, er möchte dieses Kind 2 Jahre lang behalten und nach dieser Zeit werden es dessen Eltern zu sich nehmen. Der Vorfall wurde dem hiesigen Oberamt angezeigt.

— **München**, 17. Febr. Der kgl. Post- und Bahnexpeditor Hager in Lohhof, ein corpulenter Mann, wollte gestern Nachmittag 4½ Uhr bei Abfertigung des daselbst ausnahmsweise mit dem Regensburg-Münchener Postzug freiziehenden Schnellzuges das Geleise überschreiten, als er von der Maschine des Schnellzuges erfaßt und in die Mitte des Geleises geworfen wurde. Allgemeines Haltrufen ertönte, allein die 8 Wagen des Schnellzuges mit Bremsstangen und Aushenklenden der Lokomotive gingen über den Körper des Gestürzten hinweg. Wer beschreibt aber die allgemeine Freude, als der Beamte unverseht, nur von dem Fall etwas betäubt und mit gering verletzter Stirn wieder aufzustehen vermochte!

— **Berlin**, 18. Febr. Ein schreckliches Un-

glück durch Kohlendunst ist, wie die „Staatsb. Ztg.“ berichtet, in dem Dorfe Neunz passiert und hat wieder vier Menschenleben gefordert. Am vorigen Donnerstag kehrte dort ein Mühlenarbeiter von der Arbeit heim und fand seine erst kürzlich entbundene Frau mit dem neugeborenen Kind im Bette, seine zur Pflege ihrer Tochter anwesende Schwiegermutter und ein zweijähriges Kind in der Stube als Leichen vor.

— **Sinsheim**, 21. Febr. In der heutigen Schöffengerichtssitzung wurden:

1. Philipp Braun von Sinsheim wegen Diebstahls zu einem Tag Gefängniß,
2. Heinrich Schüller von Eschelbach wegen mehrfacher Beleidigung des Bürgermeisters, Gemeinderaths und Rathschreibers von Eschelbach zu 10 Tagen Haft,
3. Johann Schönlau von Sinsheim wegen Diebstahls zu 6 Tagen Gefängniß verurtheilt.
4. Philipp Kolb von Sinsheim von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, dagegen in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.
5. Josef Böhringer von Treßlingen wegen Körperverletzung zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, Ludwig Krauß von da von der gleichen Anklage freigesprochen.
6. Christian Streib von Reichartshausen wegen Verdröhung mit einem Verbrechen in eine Gefängnißstrafe von 8 Tagen,
7. Philipp Wagenbach von Siegelbach wegen Betrugs zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.
8. Josef Dieß von Grombach von der Anklage der Beleidigung freigesprochen.
9. Die Anklagesache gegen Friedrich Grab von Zuzenhausen wegen Beleidigung des Peter Schifferdecker allda durch Vergleich erledigt.

Waaren- und Produktenberichte.

Mannheim, 20. Febr. (Produktenbörse.) Folgendes sind die bezahlten Preise: (Per 100 Ko.) Preise in Markt und Pfennig.
Weizen pfläzler 20. — bis 20. 75. amerikanischer Weizen 22. — bis 22. 25. kalifornischer —. —. russischer 20. 50. bis 21. 25. ungarischer Weizen 21. — bis 21. 75. Neuer Spring 19. 50. bis 20. —. Roggen neuer pfläzler 14. — bis 14. 50. französischer 15. 50. bis —. amerikanischer 14. — bis 14. 50. russischer 13. 25. bis 14. 25. ungarischer —. — bis —. Gerste, hiesige Geg. 16. — bis 16. 50. pfläzler 16. 50. bis 17. —. ungarische 17. — bis 18. 50. Saffer babilischer 12. 50. — bis 13. 25. württemberg. Alp. 13. 50 bis 14. —. russischer 14. 25. bis —. Kernen 19. — bis 20. —. Bohnen 20. — bis —. Linsen —. — bis —. Wicken 13. 50. bis 14. —. Koblrep's, deutscher 28. 50. bis 29. —. ungar. 28. 50. bis 29. —. Kleesamen deutscher 1. Sorte 88. — bis —. 2. Sorte 75. — bis 78. —. Provençer 100. bis 120. —. Luzern 84. — bis 90. —. Separsette 83. — bis 85. —.
Reinöl in Partien 60. — bis —. Faßweise 62. — bis —. Rübböl in Partien 65. — bis —. Faßweise 67. — bis —. Petroleum, in Wagenladungen 23. — bis —. Faßweise 24. — bis —. Weizenmehl per 100 Ko. mit Sad, Brutto für Netto Nr. 0. 36. 50. Nr. 1. 32. —. Nr. 2. 29. —. Nr. 3. 26. —. Nr. 4. 20. —.
Roggenmehl Nr. 0. 24. —. Nr. 1. 21. —.

Groß. Bezirksamt Sinsheim.

Die Abhaltung der Bezirksrathssitzungen betr.
Nr. 2892. In der am Freitag den 28. Februar d. J. in Sinsheim stattfindenden öffentlichen Bezirksrathssitzung kommen folgende Fälle zur Verhandlung:

- 1) Die Bitte des Bierbrauers Sebastian Schaubel dahier um Erlaubniß zum Betrieb einer Schankwirtschaft betr.
- 2) Die Bitte des Conditors Karl August Schäfer von Waisstadt um Erlaubniß zum Ausverkauf von geistigen Getränken betr.

Ropp.

[263]

Groß. Bezirksamt Sinsheim.

Die Impfung betr.
Nr. 2923. Die Schulvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Listen der impflichen Schüler nicht mehr nach dem Formular im Geheges Blatt 1875 Seite 66, sondern nach Formular Seite 180 im Gef. v. 1878 aufzustellen sind.

Sinsheim, den 22. Februar 1879.

Ropp.

[264]

Gr. Bad. Amtsgericht Sinsheim.

Fahndungsurücknahme.
Nr. 5206. Unter Auschreiben vom 11. d. Mts. Nr. 4050 nehmen wir zurück, da Haslinger eingeliefert wurde.

Sinsheim, den 22. Febr. 1879.

Dr. Köhler.

[268]

Prinzessen = Zwieback-Mehl,

das anerkannt nahrhafteste und leicht verdaulichste Kindernahrungsmittel, pr. ¼ Pfd. 20 Pf., immer frisch zu haben bei

[212]

G. Grpf, Conditor.

Bekanntmachung.

In Folge richterlicher Verfügung werden am

Mittwoch den 5. März l. J.

Nachmittags 2 Uhr

auf dem Rathhaus in Dühren gegen baare Zahlung öffentlich versteigert:

2 Fuhrwägen, 2 Pflüge, 1 Egge, 1 Schlitten, 2 Schweine, 1 Mistzuber, 1 Strohhut, 2 Faß Wein, 2 Pferdegeschirre, 1 Haufen Dung, 1 Kommode und sonstiger Hausrath.

Sinsheim, den 21. Febr. 1879.

Gerichtsvollzieher:

Zimmerer.

[269]

Fasel-Verkauf.



Einen rothschekigen ½-jährigen Rindsfasel

hat zu verkaufen Bürgermeister Reimmuth, Reichartshausen. [261]

Versteigerung.

Wegen Verpachtung meiner Liegenschaften versteigere ich am kommenden Mittwoch den 26. d. M., Nachmittags 1 Uhr, in meiner Behausung:

- 1 6jährige Braunstute,
- 1 5jährigen Schimmel (Wallach)
- 1 1½-jähriges Fohlen,
- 2 Kühe trächtig,
- 2 Rinder,
- 4 Läuferchweine,
- 1 leichten Hupanner Wagen.

Weiler, den 24. Februar 1879.

Jakob Friedrich, „J. Ritter.“

Eine Wohnung

an der Eisenbahnstraße, in 3 Zimmern Küche, Keller und sonstigem Zugehör bestehend, ist auf 1. Mai zu vermieten. Näheres bei der Expedition dieses Blattes. [284]

